



Verfehlte Atompolitik wird gewaltsam durchgesetzt

Pressemitteilung von Ulla Jelpke, 08. November 2010

"Es ist ein großer Erfolg für die Anti-AKW-Bewegung, dass es trotz der rund 20.000 vor Ort präsenten Einsatzkräfte der Polizei mehrfach gelungen ist, den Castor-Transport mit friedlichen Blockaden zu stoppen", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, die selbst an den Protesten teilgenommen hat. Jelpke weiter:

"Mit rund 50.000 Menschen hat das Wendland die bislang größte Anti-Atomkraft-Demo erlebt. Die Bundesregierung hat für ihren atomfreundlichen Kurs keine Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Menschen wollen nicht mehr tatenlos hinnehmen, dass die Regierenden die Profitinteressen der Energiekonzerne RWE, E.on, Vattenfall & Co im Zweifel auch gewaltsam durchsetzen.

Nicht wenige Polizisten mögen sich umsichtig verhalten haben, aber ich konnte mit eigenen Augen auch beobachten, wie die Staatsgewalt rücksichtslos zugeschlagen hat. Friedliche Demonstranten wurden mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Reizgas malträtirt und verletzt. Ebenso wie beim

Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 sind die Regierenden offenbar bereit, die körperliche Unversehrtheit protestierender Bürger den Interessen der Wirtschaftslobby zu opfern und die Polizei zum Ausputzer für ihre falsche Politik zu machen. Das ist ein doppeltes demokratisches Versagen und in jeder Hinsicht mit einem demokratischen Rechtsstaates unvereinbar.

DIE LINKE wird unverzüglich eine parlamentarische Aufarbeitung des Polizeieinsatzes einleiten, insbesondere zur Rolle der Bundespolizei und der Bundeswehr. Dabei wird sich DIE LINKE auch für ein Verbot von Reizgaseinsätzen gegen Demonstrierende stark machen."